

Baukulturpolitische Herausforderungen 2024

Ein Trend wurde in den letzten Jahrzehnten in vielen österreichischen Städten und Gemeinden deutlich sichtbar: Streusiedlungen und Gewerbegebiete dehnen sich immer weiter aus, während Ortskerne und Stadtzentren immer weniger genutzt werden, mit Leerstand kämpfen und veröden. Bestehende intakte Gebäude werden nicht weiter genutzt, sondern abgerissen und durch Neubauten ersetzt, neue Gebäude werden oft auf der „grünen Wiese“ errichtet. Damit einher gehen hohe gesellschaftliche und ökologische Folgekosten: Ein extrem hoher Ressourcen- und Energiebedarf, unnötige Emissionen und Bauabfälle, massiver Bodenverbrauch und damit Verlust wertvoller Acker- und Grünflächen sowie mehr Verkehr.

Die folgenden acht Punkte sind die wichtigsten gegenwärtigen Herausforderungen in der Baukultur. In diesen acht Bereichen braucht es dringend Verbesserungen in Österreich, sie sind somit primäre Aufgaben für die nächste Bundesregierung und für das Parlament, die dafür, je nach Kompetenzverteilung, enge Kooperation mit den Bundesländern und Gemeinden suchen sollen.

1. Bodenverbrauch: Verbindliche Ziele verankern

In Österreich wird durch flächenintensive Siedlungs- und Mobilitätsformen, Gewerbegebiete und Großinfrastrukturen zu viel Boden verbraucht – mit negativen Folgen für Klima, Biodiversität, landwirtschaftliche Versorgung und Landschaft. Bisher gesetzte politische Maßnahmen haben nicht die gewünschte Wirkung erzielt, da oft die Verbindlichkeit fehlt und die Regelungen Lücken aufweisen.

Die nächste Bundesregierung soll durch wirksame Maßnahmen und gemeinsam definierte Ziele den Bodenverbrauch deutlich senken. Wichtig ist eine verbindliche Obergrenze für den Bodenverbrauch, die österreichweit, aber ortsspezifisch für alle Bundesländer und Gemeinden gilt.

2. Bestandserhaltung: Umbau und Sanierung gegenüber Abriss und Neubau privilegieren

Der Bausektor in Österreich ist zu sehr auf Abriss und Neubau statt auf eine Kultur des Erhaltens – Pflegen, Sanieren, Adaptieren und Transformieren von Bestand – ausgerichtet. Der Zyklus von Abriss und Neubau bedeutet nicht nur den Verlust von wertvollem Bestand, sondern auch von Grauer Energie sowie bereits aufgewendeten und knappen Materialressourcen, und er kann sozialräumliche Konsequenzen wie Verdrängung bedingen. Im Erhalten und Weiterentwickeln von bestehender Substanz liegt ein enormes Nachhaltigkeits- und baukulturelles Potenzial.

Die nächste Bundesregierung soll durch Adaptierung der Förderprogramme, gesetzliche Rahmenbedingungen und Veränderungen im Steuerrecht die Bestandserhaltung bei gleichzeitiger deutlicher Reduktion von Neubau unterstützen. Dazu zählt nicht zuletzt die Erleichterung des Bauens im Bestand durch Adaptierungen im Baurecht, Haftungsrecht und in den Normen sowie durch Ausbau von Ausbildungen.

3. Wohnen: Förderung leistbaren und qualitätvollen Wohnbaus

Die Kosten für Wohnen sind für alle Menschen in den letzten Jahren deutlich gestiegen, damit steht auch die Qualität des Wohnbaus massiv unter Druck. Gleichzeitig muss Wohnen mit den Anforderungen von Boden- und Klimaschutz sowie Klimawandelanpassung in Einklang gebracht werden.

Die nächste Bundesregierung soll die Wohnbauförderung deutlich ausbauen, die Wohnbaufördermittel wieder zweckwidmen, an Boden- und Klimaschutzkriterien binden und Leistbarkeit, Qualität sowie Nachhaltigkeit des Wohnbaus durch geeignete Maßnahmen, qualitätssichernde Prozesse und Anforderungen steigern.

4. Baukulturförderung: Mittel an Qualitätskriterien binden

Das Bauen in Österreich verbraucht zu viel Boden, ist nicht ausreichend nachhaltig, bietet ungleichen Zugang zu qualitätvollem Raum, geht einher mit Funktionsverlust von Stadt- und Ortskernen, besitzt vielfach Qualitätsmängel und ist ineffizient. Baukultur wird häufig geringgeschätzt und in ihrer Wirkung unterschätzt.

Aus diesen Gründen soll die nächste Bundesregierung eine Initiative starten, um öffentliche Mittel für das Bauen an baukulturelle Qualitätskriterien zu binden; und sie soll ein baukulturelles Förderprogramm für Städte und Gemeinden initiieren, das hochwertige Bauprojekte unterstützt und zur Qualitätssteigerung im Bauen beiträgt.

5. Öffentliche Räume und Grünräume: Nutzbarkeit und Qualität steigern

Das Wachstum vieler Städte und Gemeinden, die zunehmende Bodenversiegelung, autozentrierte Straßenräume, die Anforderungen von Klimaschutz, Klimawandelanpassung und Förderung von Biodiversität sowie die notwendige Verkehrswende setzen die öffentlichen Räume und Grünräume weiter unter Druck, die in Österreich vielfach bisher vernachlässigt wurden.

*Deshalb soll die nächste Bundesregierung durch gesetzliche Rahmenbedingungen, durch das Förderwesen und durch qualitätsorientierte Vorgaben für besser nutzbare und gestalterisch hochwertige öffentliche Räume und Grünräume und für Gleichberechtigung der Verkehrsteilnehmer*innen sorgen.*

6. Planungs- und Bauleistungen: qualitätsorientierte Vergabe

Die vielfältigen Vorgaben des Vergaberechts haben vorrangig freien und fairen wirtschaftlichen Wettbewerb sowie Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit zum Ziel, in untergeordnetem Ausmaß auch Nachhaltigkeit. Die baukulturelle Qualität stehen bei der Vergabe von Planungs- und Bauleistungen vielfach nicht im Fokus.

Die nächste Bundesregierung soll deshalb die vergaberechtlichen Vorgaben stärker auf baukulturelle Qualität ausrichten und in ihrer eigenen Praxis des Planens und Bauens stärker auf baukulturelle Qualität setzen, um so zum baukulturellen Vorbild für alle zu werden.

7. Baukultur: Bildung und Vermittlung verbessern

Das mangelnde Bewusstsein über die Bedeutung von Baukultur und geringes Wissen darüber trägt zu den beschriebenen Fehlentwicklungen im Bauen bei. Durch Bildung und Vermittlung im Baukulturbereich können Verbesserungen erreicht werden.

Die nächste Bundesregierung soll die Förderung von baukultureller Bildung im formellen und informellen Bereich für alle Altersstufen und von baukultureller Vermittlung, insbesondere durch das bewährte Netzwerk der Architekturhäuser in allen Bundesländern sowie weiterer Initiativen, deutlich ausbauen.

8. Steuersystem und Finanzausgleich: Nachhaltigkeitsziele fördern

Finanzielle Anreize über das Steuersystem sind ein wichtiger Hebel zur Reduktion des Bodenverbrauchs sowie zur Nutzung von Gebäudebestand. Wie eine Studie der Technischen Universität Wien allerdings gezeigt hat, fehlen im österreichischen Steuersystem bislang Anreize für das Flächensparen. Gleichzeitig führt in den Gemeinden die Hoffnung auf höhere Einnahmen aus Kommunalsteuer und Finanzausgleich zu einem kontraproduktiven Wettbewerb um neue Siedlungen und Gewerbegebiete.

Die nächste Bundesregierung soll den schonenden Umgang mit Klima, Boden, Natur und Bausubstanz (Graue Energie) finanziell belohnen, während Verbrauch und Versiegelung des Bodens sowie Abriss und Neubau steuerlich erschwert werden sollen. Umweltschädliche Subventionen müssen abgebaut werden.

Fazit

Die genannten Vorschläge sind geeignet, generell die Qualität und speziell die Nachhaltigkeit der gebauten Umwelt in Österreich deutlich zu verbessern. Die kommende Bundesregierung ist in der Verantwortung, die dafür notwendigen Schritte zu setzen.

Wien, im September 2024

Allianz für Substanz
Architekturzentrum Wien
Plattform Baukulturpolitik
World Wildlife Fund for Nature Österreich